

Übersicht

über die vom Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 2. Sitzung am 27.10.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 01. Sitzung des Kreisausschusses am 22.09.2014	Anerkannt	
2.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 16.09.2014: Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination	17/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.09.2014: Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft mbH des Rhein-Sieg-Kreises (BBV)	18/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.3.	Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	19/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.4.	Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK	20/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
2.5.	Umbesetzung des Verwaltungsrates der RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	21/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
2.6.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 29.09.2014: Umbesetzung des Polizeibeirates bei der Kreispolizeibehörde Siegburg	22/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
3.	Erteilung einer Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der Großen Landkreisversammlung des Landkreistages NRW am 17.11.2014 in der Hochschule Rhein-Waal, Kreis Kleve	23/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
4.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 15.09.2014: Digitale Gremienarbeit / Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises	24/14 Verweis in PA und FA im Rahmen der Haushaltsberatungen	einstimmig, Seite 12
4.1.	Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Papierlose Kreistagsarbeit	siehe TOP 4	
5.	Gemeinsamer Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion und der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 15.09.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme; 25/14 Weitere Beratung im nichtöffentlichen Teil	einstimmig, Seite 13

6.	Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Live-Streaming der Sitzungen des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises	26/14 Verweis in KT	einstimmig, Seite 14
7.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels	27/14 Verweis in AWT + SoZA	einstimmig, Seite 14
8.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Resolution „Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA“	28/14 Verweis in KT	einstimmig, Seite 16
8.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 27.10.2014: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden	siehe TOP 8	
9.	Jahresabschluss 2013; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesenen Jahresüberschusses	29/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
10.	Änderung von Gebührensatzungen		
10.1.	3. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	30/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
10.2.	4. Änderungssatzung zur Satzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben	31/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
11.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der KRS Kompostwerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG (KRS)	32/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
12.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 15.09.2014	Kenntnisnahme	
13.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Wahlprüfungsausschusses am 16.09.2014	Kenntnisnahme	
14.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 18.09.2014	Kenntnisnahme	
15.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.09.2014	Kenntnisnahme	
16.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 24.09.2014	Kenntnisnahme	
17.	Beratung von Beschlussempfehlungen und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.09.2014	Kenntnisnahme	
17.1	Änderung der Satzung für das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises	33/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18

17.2	Änderung der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder	34/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
18.	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 26.09.2014	Kenntnisnahme	
18.1	L 269n - Ortsumgehung Niederkassel/Mondorf-Rheidt - Resolution der Stadt Niederkassel -	35/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
19.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil	---	
20.	Kauf einer Teilfläche aus einem Grundstück in Swisttal-Heimerzheim zum Bau einer Rettungswache	36/14 Empfehlung an KT	einstimmig, E. AfD, Seite 22
21.	Erwerb einer Teichanlage in Ruppichteroth zum Zwecke des Naturschutzes	37/14 Empfehlung an KT	einstimmig, E. AfD, Seite 23
22.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 18.09.2014	Kenntnisnahme	
23.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 24.09.2014	Kenntnisnahme	
24.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 26.09.2014	Kenntnisnahme	
24.1	Gemeinsamer Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion und der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 15.09.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme; Rücknahme des Antrags	
25.	Mitteilungen und Anfragen	---	

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
2.1.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 16.09.2014: Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung	17/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.09.2014: Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft mbH des Rhein-Sieg-Kreises (BBV)	18/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8

2.3.	Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	19/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
2.4.	Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK	20/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
2.5.	Umbesetzung des Verwaltungsrates der RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	21/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
2.6.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 29.09.2014: Umbesetzung des Polizeibeirates bei der Kreispolizeibehörde Siegburg	22/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
6.	Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Live-Streaming der Sitzungen des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises	26/14 Verweis in KT	einstimmig, Seite 14
8.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Resolution „Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA“	28/14 Verweis in KT	einstimmig, Seite 16
8.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 27.10.2014: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden	siehe TOP 8	
9.	Jahresabschluss 2013; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesenen Jahresüberschusses	29/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
10.1.	3. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	30/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
10.2.	4. Änderungssatzung zur Satzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben	31/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
11.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der KRS Kompostwerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG (KRS)	32/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
17.1	Änderung der Satzung für das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises	33/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 18
17.2	Änderung der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder	34/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
Nichtöffentlicher Teil			
20.	Kauf einer Teilfläche aus einem Grundstück in Swisttal-Heimerzheim zum Bau einer Rettungswache	36/14 Empfehlung an KT	einstimmig, E. AfD, Seite 22
21.	Erwerb einer Teichanlage in Ruppichteroth zum Zwecke des Naturschutzes	37/14 Empfehlung an KT	einstimmig, E. AfD, Seite 23

Niederschrift

über die in der 2. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 27.10.2014 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:00 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 17.10.2014
Einladungsnachtrag vom: ---

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Landrat Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Dr. Torsten Bieber
 Frau Brigitte Donie
 Herr Ivo Hurnik
 Herr Josef Schäferhoff
 Herr Michael Solf
 Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Folke große Deters bis 16:45 Uhr
 Frau Ute Krupp
 Herr Udo Scharnhorst
 Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordneter GRÜNE

Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Christoph Cáceres-Ayllón i. V. des Abg. Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Vladimir Skoda

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter CDU

Herr Jörg Erich Haselier

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Alexandra Gauß

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD´in Heinze
Ltd. KVD Allroggen
Ltd. KVD Carl
Ltd. KVD´in Udelhoven
Dezernent Schwarz
Ltd. KVD´in Schrödl
KVD´in Böker
KVD´in Waibel
KOAR Freier
VA Heintges
Pressereferentin Lorenz
VA Boomgaren (Kreistagsbüro)
VA Rellecke (Kreistagsbüro)
KVR Herkenrath – Schriftführer

Gäste: ---

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Der Landrat eröffnete die 2. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er gratulierte

Er verwies er auf die Einladung vom 17.10.2014, die Nachsendung vom 23.10.2014 sowie die heutigen Tischvorlagen zu

- TOP 2.4 „Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungs-Kooperation – REK; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.10.2014“
- TOP 8 „Antrag der SPD- Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Resolution "Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA“; hier: Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 27.10.2014 zu der heutigen Sitzung und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Sodann vereidigte der Landrat den heute erstmals im Kreisausschuss anwesenden Abg. Ivo Hurnik als neues Kreisausschussmitglied, der folgende Eidesformel wiederholte:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen Jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Landrat wies zudem darauf hin, dass die heute ebenfalls erstmals als Mitglied des neuen Kreisausschusses anwesende Abg. Brigitte Donie sowie der erstmals als persönlicher Stellvertreter anwesende Abg. Christoph Cáceres-Ayllón bereits in der vorangegangenen Wahlperiode Mitglied bzw. persönlicher Stellvertreter im Kreisausschuss gewesen und hier bereits vereidigt worden seien. Er wies insoweit nochmals ausdrücklich auf den in der vorangegangenen Wahlperiode bereits geleisteten Eid hin.

Der Landrat händigte sodann die Ernennungsurkunden an die neuen Mitglieder des Kreisausschusses und den persönlichen Stellvertreter aus und wies darauf hin, dass die Vereidigung und die Ernennung im Namen der Bezirksregierung erfolge.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

1	Niederschrift über die 01. Sitzung des Kreisausschusses am 22.09.2014	
---	---	--

Der Landrat stellte fest, dass Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
---	---	--

2.1	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 16.09.2014: Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination	
-----	--	--

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung des**
17/14 **Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung zu beschließen:**

**Der Sachkundige Bürger (SkB) Johann G. Groß wird stellvertreten-
des Mitglied des SkB Arvid Ellenberger im Ausschuss für Schule und
Bildungskordinierung.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

2.2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.09.2014: Umbesetzung der Gesellschafterversammlung der Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft mbH des Rhein-Sieg-Kreises (BBV)	
-----	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung der**
18/14 **Gesellschafterversammlung der Bus- und Bahn-Verkehrsgesellschaft mbH des**
Rhein-Sieg-Kreises (BBV) zu beschließen:

**Abg. Stefanie Göllner wird anstelle der Abg. Ute Krupp als Vertreterin
des Rhein-Sieg-Kreises in die Gesellschafterversammlung der BBV
entsandt.**

**Abg. Volker Heinsch wird anstelle der Abg. Susanne Sicher als Stell-
vertreter der Abg. Stefanie Göllner in die Gesellschafterversammlung
der BBV entsandt.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

2.3	Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie in den Ausschuss für In- klusion und Gesundheit	
-----	---	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die nachfolgend genannten Per-**
19/14 **sonen für die Dauer der Wahlperiode als sachkundige Einwohner nach § 41**
Abs. 6 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in
nachstehende Ausschüsse des Kreistages Rhein-Sieg-Kreis zu wählen:

1. Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:

Beratendes Mitglied:
Herr Harald Klippel

Stellvertretendes beratendes Mitglied:
Herr Frank Malotki

2. Ausschuss für Inklusion und Gesundheit:

Beratendes Mitglied:
Herr Harald Klippel

Stellvertretendes beratendes Mitglied:
Herr Frank Malotki

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2.4	Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK	

Der Landrat wies darauf hin, dass nun seitens der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten als neues stellvertretendes Mitglied die Kreistagsabgeordnete Anja Moersch vorgeschlagen sei. Die CDU-Kreistagsfraktion habe zudem ihren ursprünglichen Umbesetzungsantrag vom 24.09.2014 noch modifiziert, da es hierin zu einem Fehler gekommen sei. Es solle der Kreistagsabgeordnete Oliver Baron als ordentliches Mitglied und der Kreistagsabgeordnete Klaus Döhl als dessen Stellvertreter in die Verbandsversammlung entsandt werden.

B.-Nr.
20/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK zu beschließen:

Abg. Oliver Baron wird anstelle des Sachkundigen Bürgers Hanns-Christian Wagner als Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK entsandt.

Abg. Klaus Döhl wird anstelle des Abg. Oliver Baron und als Stellvertreter des Abg. Oliver Baron in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK entsandt.

Abg. Nicole Westig-Keune wird anstelle des Sachkundigen Bürgers Alexander Hildebrandt als Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK entsandt.

Abg. Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann wird anstelle des Sachkundigen Bürgers Klaus-Peter Smielick als Stellvertreter der Abg. Nicole Westig-Keune in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK entsandt.

Abg. Anja Moersch wird anstelle des Sachkundigen Bürgers Christian Streng als Stellvertreter des Abg. Michael Lehmann in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Rheinische Entsorgungs-Kooperation"-REK entsandt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.5	Umbesetzung des Verwaltungsrates der RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	
-----	--	--

B.-Nr.
21/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung des Verwaltungsrates der RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AöR) zu beschließen:

KBD Rainer Kötterheinrich wird als Stellvertreter von Dezernent Christoph Schwarz in den Verwaltungsrat der RSAG Anstalt des öffentlichen Rechts (RSAG AöR) entsandt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.6	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 29.09.2014: Umbesetzung des Polizeibeirates bei der Kreispolizeibehörde Siegburg	
-----	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung des**
22/14 **Polizeibeirates bei der Kreispolizeibehörde Siegburg zu beschließen:**

Der Sachkundige Bürger (SkB) Alexander Hildebrandt wird anstelle des SkB Klaus-Peter Smielick als Mitglied in den Polizeibeirat bei der Kreispolizeibehörde Siegburg gewählt.

Der SkB Klaus-Peter Smielick wird anstelle des SkB Klaus Reker als stellvertretendes Mitglied des SkB Alexander Hildebrandt in den Polizeibeirat bei der Kreispolizeibehörde Siegburg gewählt.

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

3	Erteilung einer Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der Großen Landkreisversammlung des Landkreistages NRW am 17.11.2014 in der Hochschule Rhein-Waal, Kreis Kleve	
---	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss genehmigt gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den**
23/14 **Rhein-Sieg-Kreis die Dienstreise der Kreistagsmitglieder**

- **Abg. Heidegard Helmes,**
- **Abg. Norbert Chauvistré,**
- **Abg. Folke große Deters,**
- **Abg. Michael Otter,**
- **Abg. Norbert Klein**

zur Teilnahme an der Großen Landkreisversammlung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) am 17.11.2014 in der Hochschule Rhein-Waal im Kreis Kleve.

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

4	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 15.09.2014: Digitale Gremienarbeit / Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises	
---	---	--

4.1	Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Papierlose Kreistagsarbeit	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Verwaltungsvorlage im Zuge der Nachsendung vom 23.10.2014.

Abg. Dr. Bieber schlug vor, hierzu zunächst ein Konzept inklusive einer Kosten- und Personalbedarfsabschätzung durch die Verwaltung zu erstellen und die Anträge zur weiteren Beratung in die Sitzungen des Personalausschusses und des Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen zu verweisen.

Abg. Tandler wies darauf hin, dass die Verwaltung vor fast einem Jahr einen Vortrag zu diesem Thema gehalten habe. Hierbei seien auch detailliert vier Varianten inklusive Kosten-Nutzen-Relation vorgestellt worden. Die Kosten-Nutzen-Relation habe zwischen 23.000,00 € und 243.000 € pro Jahr gelegen. Man sei damals so verblieben, dass man gesagt habe, dies sei eine sehr persönliche Sache, da jeder anders arbeite. Deshalb müsse man nochmal über die Fraktionsgrenzen hinweg sehr genau überlegen, wie man das machen wolle und was die Kosten-Nutzen-Relation angehe. Wichtig sei, auch in den Fraktionen abzuklären, wer was benutzen möchte. Er halte es daher für ein Problem, dies mit einem Beschluss zu erledigen.

Abg. Dr. Bieber machte deutlich, dass sich der gemeinsame Antrag auf das seinerzeit vorgestellte, kostengünstigste Szenario 4 beziehe. Hier handele es sich im Gegensatz zu dem Antrag der Gruppe FUW-Piraten auch um keine Zwangsbeglückung der Kreistagsabgeordneten, sondern geschehe dies auf freiwilliger Basis. Unabhängig davon bewege sich der Kreis, was Internetauftritt und Bürgerfreundlichkeit angehe, ein wenig in der Vergangenheit. Auch das müsse aufgearbeitet werden. Beide Hausaufgaben würden aber nicht von heute auf morgen zu lösen sein. Die, was den Internetauftritt und die digitale Arbeit anbelange, brauche deutlich mehr Zeit und verlange auch nach mehr Kosten, die sich aber über die Zeit rechneten, weil es auch zu Arbeitserleichterungen beitrage. Die digitale Gremienarbeit sei hingegen heute bereits in vielen Kommunen der Sachstand, mit dem man arbeite und der für viele über die Jahre Normalität geworden sei. Dem sollte man sich hier auch stellen. Hierbei müsse man dann auch genau betrachten, ob die Kosten wirklich so hoch seien. Denn viele hätten bereits ein iPad oder ein anderes Tablet. Man könnte solche Beschaffungen ja unter Umständen auch aus den Fraktionszuwendungen bestreiten.

Abg. Steiner merkte an, man müsse unterscheiden zwischen der digitale Gremienarbeit und dem Internetauftritt, aber auch die Prozesse dahinter betrachten. In der Bürgerbeteiligung müsse dies so aufgearbeitet werden, dass man das Internet besser nutzen und Arbeitsabläufe optimieren könne. Letztlich könnten dann hierdurch auch Einsparungen generiert werden. Bewusst habe man diesen Antrag so formuliert, da man nicht alle zwangsbeglücken wolle. Jemand, der weiter Papier haben möchte, solle dies auch bekommen. Session gebe es bereits als App und man könne es theoretisch auch heute schon nutzen. Es müssten dann allerdings wahrscheinlich noch Lizenzverträge geschlossen werden. Hinter dem Antrag stecke aber noch viel mehr, mit einem Anliegenmanagement, mit einer Internetseite und mit der Frage, die Verwaltung auf die neuen Prozesse auszurichten. In einigen Jahren werden viele Prozesse ohnehin nur noch online gemacht werden. Von daher müsse man nun anfangen, wobei dieser Prozess sicherlich über die Wahlperiode hinausgehe und Kosten verursache.

Abg. Skoda wollte wissen, welche Kosten des „Papierverkehrs im Kreistag“ anfallen.

KVR Herkenrath antwortete, dass eine Kostenschätzung schwierig sei. Man habe seinerzeit die Kosten einmal grob berechnet. Diese seien aber auch von der Anzahl der Sitzungen und der Größe der Ausschüsse abhängig. Nun habe man ja auch große Ausschüsse mit über 30 Mitgliedern, wodurch hier höhere Kosten anfielen als bei einem Ausschuss mit nur 16 Mitgliedern. Außerdem müssten alle Ausschussmitglieder mit den notwendigen Informationen zur Entscheidungsfindung versorgt werden, weshalb bestimmte Unterlagen mehrfach versandt würden.

Der Landrat teilte mit, man gehe von grob geschätzten Kosten in Höhe von 50.000,00 € für Porto und Druck im Jahr aus.

Abg. Tandler führte aus, es müsse in der Tat über den Papierverbrauch und die Effektivität nachgedacht werden. Man sollte dann auch überlegen, hier „einen großen Wurf zu machen“, dies nicht nur aus Gründen der Ersparnis, sondern auch generell der Arbeitsbelastung. Beim Internetauftritt sei er im Übrigen auch der Meinung des Antragstellers, dass dieser im Vergleich mit anderen Kreisen überarbeitungsbedürftig sei. Hinsichtlich der Kosten für eine Überarbeitung müsse man unter Abstimmung mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Pressestelle recherchieren, ob man Professionelle daran setze und was man selbst leisten könne.

Hinsichtlich der Kosten wies Abg. Dr. Bieber darauf hin, dass vermutlich deutlich mehr als die genannten 50.000 € eingespart werden könnten. Es stelle sich auch nicht unbedingt in erster Linie die Frage, ob hier direkt Geld eingespart werden könne, sondern man müsse einfach auf dem Stand der Zeit sein, wo es überall auf elektronische Akten hinauslaufe. Die meisten Informationen würden die Leute zudem heute über das Internet erhalten, weshalb man hier auch Angebote schaffen sollte. Deshalb sollte zuerst einmal eine solide Kostenevaluation erfolgen. Er glaube Einvernehmen festzustellen, dass alle der Auffassung seien, dass man sich diesem Thema in den nächsten Monaten in den Ausschüssen widmen müsse.

Der Landrat dankte für die Ausführungen. Man sei sich einig, dass man zunächst einmal definieren und mit Kosten hinterlegen müsse, wo der Zug hingehen solle. Er habe zugesagt, dass man bei allen Vorlagen gegenüber der Politik genau benennen werde, was dies an Personal und finanziellen Mitteln binde. Deshalb schlage er vor, dies zunächst in die Haushaltsberatungen der bereits genannten Ausschüsse zu verweisen mit der erklärten Absicht der Verwaltung, sodann ein Grobkonzept zu liefern.

B.-Nr.
24/14

Der Kreisausschuss beschließt, den gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 15.09.2014 „Digitale Gremienarbeit / Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises“ sowie den Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014 „Papierlose Kreistagsarbeit“ zur weiteren Beratung in die Sitzungen des Personalausschusses und des Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen zu verweisen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

5	Gemeinsamer Antrag der LINKE-Kreistagsfraktion und der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 15.09.2014: Erhaltung der medizinischen Nahversorgung im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Abg. Lehmann bat um nähere Erläuterung der Aussage aus der Beschlussvorlage, dass aus rechtlicher Sicht nicht zu empfehlen sei, in das Verfahren einzugreifen.

Der Landrat schlug vor, die Frage des Abg. Lehmann im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu beantworten und die Tagesordnung insoweit um einen TOP 24.1 zu erweitern.

Abg. Tandler wies darauf hin, dass hier derzeit Verhandlungen anhängig seien, die allerdings nichtöffentlich zu beraten seien. Er halte es aber hier für wenig effektiv, wenn man gleichzeitig von Frau Winkelmeier-Becker MdB, Frau Milz MdL und dem

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Landrat unterschriebene Schreiben an die Ministerpräsidentin richte. Dies trage nicht zur Klärung bei und sei reiner Populismus. Hier sollte man sich lieber zurücknehmen, denn dies helfe dem Krankenhaus nicht. Und dies müsse auch öffentlich kritisiert werden.

Abg. Dr. Bieber merkte an, wenn man schon kritisiere, dann müsse man auch Selbstkritik üben. So seien vertrauliche Gespräche zu der Thematik in der Kreisverwaltung geführt worden, aus denen ein SPD-Landtagsabgeordneter dann eine Pressemitteilung gemacht habe. Das gehe auch nicht. Es gehe nun in der Diskussion darum, dem Krankenhaus die Zeit zu geben, die es brauche. Hierzu werde der Landrat noch im nichtöffentlichen Teil berichten.

Abg. große Deters fragte, welche Aussagen aus der Pressemitteilung des Abg. Dirk Schlömer MdL denn vertraulich gewesen sein sollen.

Abg. Dr. Bieber erläuterte, dass es ein vertrauliches Gespräch auch mit Mitarbeitern der Verwaltung gegeben habe, mit der Zusage, dies nicht öffentlich auszunutzen. Der SPD-Landtagsabgeordnete habe sich an die Zusage aber nicht gehalten. Entweder halte man aber solche Zusagen ein, oder man könne an solchen Gesprächen nicht teilnehmen.

Der Landrat ergänzte, dass der SPD-Landtagsabgeordnete auch bereits absprachewidrig an diesem Gespräch teilgenommen habe.

B.-Nr. 25/14 **Der Kreisausschuss beschließt, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um einen TOP 24.1 im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu erweitern.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

6	Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Live-Streaming der Sitzungen des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises	
---	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass eine entsprechende Bürgeranregung gemäß § 21 KrO NRW der Piratenpartei – Kreisverband Rhein-Sieg – vom 10.03.2014 bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am 05.05.2014 zur weiteren Beratung in den Kreistag verwiesen worden sei. Die Beratung im Kreistag erfolge nunmehr im Zuge der Sitzung des Kreistags am 30.10.2014. Er schlage daher vor, den vorliegenden Antrag der Gruppe vom 08.10.2014 gemeinsam mit der v. g. Bürgeranregung im Zuge der Kreistagssitzung am 30.10.2014 zu beraten und den Antrag insoweit zur weiteren Beratung in den Kreistag zu verweisen.

Abg. Cáceres-Ayllón regte an, diesen Antrag zusammen mit der Überarbeitung von Homepage und digitaler Gremienarbeit abzuarbeiten, auch unter dem Gesichtspunkt der Kosten und des entstehenden Aufwands.

Abg. Dr. Bieber fragte, ob der Petent innerhalb einer vorgegebenen Frist beschieden werden müsse. Seine Fraktion sei aus mehreren Gründen nicht für ein Live-Streaming der Sitzungen des Kreistages und verwies hierzu auf die Erfahrungen im Rat der Stadt Bonn. Nicht alleine die Kosten seien hier ausschlagend, sondern auch eine sehr ausufernde Rednerliste. Er habe gehört, dass Bonner Ratssitzungen zwischen 24.00 Uhr und 02.00 Uhr morgens endeten mit Sitzungsdauern von 7 bis 8

Stunden, weil sich jeder mal gern im Live-Streaming sehen möchte. Zudem möchte er im Kreistag extremistischen Parteien kein Forum bieten, sich noch stärker feiern zu lassen.

Auch Abg. Steiner verwies auf die Erfahrungen im Rat der Stadt Bonn. Die Ratsitzungen gingen in der Regel bis 24.00 Uhr. Das Podium werde als Bild gezeigt, der Saal sei hingegen fast leer, weil die Abgeordneten aus Langeweile dann rausgingen. Bonner Abgeordnete lobten hingegen die Beratungseffektivität z. B. in den gemeinsamen Sitzungen der Planungsausschüsse, wo die Mitglieder während der Sitzung konsequent anwesend seien und effektiv beraten werde. Er glaube in der Tat, dass die Beratungseffektivität unter einem Live-Streaming leiden würde. Da müsse man andere Wege finden, z. B. im Rahmen einer vernünftigen Internetpräsenz und digitalen Sitzungsmanagements die Themen für die Bevölkerung zugänglich machen. Auch sei zu überdenken, dass ja nur ein Objekt gezeigt werden könne. Dann müsste künftig jeder zum Redebeitrag zum Podium marschieren, wenn er im Live-Streaming sein wolle. Viele würden aber dennoch weiterhin von ihrem Platz aus reden, was im Live-Streaming nicht dargestellt werden könne. Dann wisse der Bürger aber nicht, wer gerade rede. Das sei ganz schwierig umzusetzen.

Abg. Söllheim verdeutlichte, dass in Bonn die gewünschte Transparenz und Öffentlichkeitswahrnehmung nicht so sei, wie man sich das vorgestellt habe, wenn man die Nutzerzahlen betrachte. Daher sei der Kosteneffekt, der dahinter stecke, schon sehr bedenklich.

B.-Nr.
26/14

Der Kreisausschuss verweist den Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014 zur weiteren Beratung in den Kreistag.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

7	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels	
---	--	--

B.-Nr.
27/14

Der Kreisausschuss verweist den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

8	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014: Resolution "Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA"	
---	--	--

8.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 27.10.2014: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den heute hierzu noch vorgelegten und als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen.

Abg. Tandler machte deutlich, dass nur eine gemeinsame Resolution Sinn mache. Deshalb sollte man überlegen, aus beiden Resolutionsanträgen eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, was sicherlich effektiver wäre. Er gebe zu, dies sei sicherlich nicht ganz einfach, aber vielleicht könne man dies auf der Ebene der Geschäftsführer hinbekommen und dann im Kreistag abschließend diskutieren. Er sehe auch, dass es im Resolutionsantrag seiner Fraktion ein oder zwei Knackpunkte gebe, aber auch Punkte, die im heute vorgelegten Antrag von CDU und GRÜNEN fehlten.

Abg. Dr. Bieber erklärte die grundsätzliche Bereitschaft seiner Fraktion zu einer gemeinsamen Resolution. Grundkonsens sei aber immer gewesen, dass man sich im Kreistag nur mit Themen beschäftige, für die man auch zuständig sei. Sicherlich hätten TTIP und CETA auch Auswirkungen auf den Kreis, genauso wie die meisten EU-Richtlinien und Bundesgesetze auch Auswirkungen auf die Kommunen hätten. Deshalb sollte die Resolution sich nur auf Themen beziehen, die den Rhein-Sieg-Kreis und die kommunale Schiene betreffen. Zudem sollten grundsätzliche Äußerungen allgemeinpolitischer Art zu CETA und zu TTIP weggelassen werden, denn das gehöre nicht in den Kreistag.

Abg. große Deters stimmte zu, dass nicht zu jedem Punkt, der auf anderer Ebene verhandelt werde, Resolutionen eingebracht werden sollten. Hier handele es sich aber um einen Vorgang von ganz besonderem Gewicht, weil faktisch eine Unterschrift unter diese beiden Abkommen irreversibel wäre. Und zu jedem der sechs aufgeführten Punkte habe seine Fraktion den kommunalen Bezug hergestellt. Ein ganz großer Knackpunkt seien die Schiedsgerichte, die im heute vorgelegten gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN mit keinem Satz erwähnt würden. Soweit die CDU- und GRÜNE-Fraktionen diese Schiedsgerichte weiterhin nicht ablehnen wollten, bräuchte man auch nicht mehr über eine gemeinsame Resolution zu reden. Denn man wisse nicht, was für eine Folge die Einführung eines solchen Regimes haben könne. Das könnte zum Beispiel auch kommunale Genehmigungsverfahren, kommunale Satzungen und kommunales Planungsrecht betreffen. Hier sei also der kommunale Bezug Manifest. Ohne die klare Ablehnung der Schiedsgerichte könne man jedenfalls keine gemeinsame Resolution erarbeiten.

Abg. Dr. Bieber bat Abg. große Deters, kurz darzulegen, wo der kommunale Anknüpfungspunkt konkret bei Schiedsgerichten sein könne.

Abg. große Deters verdeutlichte, es gebe zwei Klauseln zu Schiedsgerichten zum Beispiel in dem Abkommen CETA, die wahrscheinlich auch in TTIP reinkämen: Eine heiße „faire und gerechte Behandlung“, und das andere sei „indirekte Enteignung“. Eine indirekte Enteignung könne zum Beispiel auch das Versagen einer Genehmigung oder des Erlasses eines bestimmten Bebauungsplans sein, weil dann nämlich ein Unternehmen vor ein Schiedsgericht gehen könne mit der Aussage: „Wir haben hier ein Grundstück. Wir werden zwar nicht direkt enteignet, aber indirekt dadurch, dass wir mit dem Grundstück nicht das tun können, was wir wollen.“ Das bedeute, dass das kommunale Planungsrecht, da man ja nicht wisse, wie die Schiedsgerichte entscheiden, auf Basis dieser sehr unbestimmten Generalklausel ausgehöhlt werden könnte. Er zitierte den amerikanischen Verfassungsrechtler Hughes, wonach die Verfassung sei, wie die Richter sie definieren. Und dies gelte auch für diese Verträge. Habe man sie einmal eingeführt, sei über diesen Schiedsgerichten nur noch „der blaue Himmel.“

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Steiner entgegnete, dass man im Kreistag nur das beschließen könne, wofür der Kreistag auch zuständig sei. Er unterstütze daher die Anregung, sich in kleiner Runde in den Fraktionen zusammzusetzen und zu versuchen, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten.

**B.-Nr.
28/14** Der Kreisausschuss verweist die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014 „Resolution - Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA“ und der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 27.10.2014 „Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden“ zur weiteren Beratung in den Kreistag.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

9	Jahresabschluss 2013; Verwendung des für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesenen Jahresüberschusses	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 23.10.2014.

**B.-Nr.
29/14** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der in der Ergebnisrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für das Haushaltsjahr 2013 entstandene Jahresüberschuss in Höhe von 2.136.262,53 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt."

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

10	Änderung von Gebührensatzungen	
----	--------------------------------	--

10.1	3. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 23.10.2014.

**B.-Nr.
30/14** Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. die Bedarfsberechnung für die Tarifstellen der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Kenntnis zu nehmen

und

2. die 3. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005 zu erlassen.

**Abst.-
Erg.:** Einstimmig.

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
10.2	4. Änderungssatzung zur Satzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 23.10.2014.

Für Abg. Scharnhorst war auffällig, dass in der Gebührenbedarfsberechnung in der Spalte „Tarif des Landes“ deutlich werde, dass das Land vergleichbare Genehmigungen deutlich preiswerter erteile. Er fragte nach der Begründung hierfür.

KVD'in Waibel antwortete, dass das Land die Tarife nicht für eigene Dienstleistungen festsetze, sondern für die Dienstleistungen der Kommunen. Bereits seit vielen Jahren mache man davon Gebrauch, hier kostendeckende Tarife festzusetzen.

B.-Nr.
31/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag,

- 1. die Bedarfsberechnung für die Tarifstellen der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben zur Kenntnis zu nehmen**

und

- 2. die 4. Änderungssatzung zur Satzung des Rhein-Sieg-Kreises zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben zu erlassen.**

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

11	Änderung des Gesellschaftsvertrages der KRS Kompostwerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG (KRS)	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 23.10.2014.

Abg. Steiner empfahl, den Vertragstext noch einmal redaktionell durchzusehen und hinsichtlich des Gesellschafters anzupassen.

Ltd. KVD'in Udelhoven sagte dies zu.

B.-Nr.
32/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Den im Anhang aufgeführten Änderungen des Gesellschaftsvertrages der KRS Kompostwerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG wird zugestimmt.

Die Vertreter in den für die Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuständigen Gremien werden ermächtigt, alle hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben und, sollten aus Sicht der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens noch Änderungen erforderlich werden, auch diesen zuzustimmen, soweit diese keinen Nachteil für den (mittelbaren) Gesellschafter Rhein-Sieg-Kreis darstellen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Hinweis des Schriftführers: Der im Beschlusstext genannte Anhang war der Einladung vom 17.10.2014 beigelegt (Seiten 90 – 106).

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

12	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 15.09.2014	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

13	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Wahlprüfungsausschusses am 16.09.2014	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

14	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 18.09.2014	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

15	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.09.2014	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

16	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 24.09.2014	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

17	Beratung von Beschlussempfehlungen und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.09.2014	
----	--	--

17.1	Änderung der Satzung für das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses in seiner Sitzung am 25.09.2014.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die geänderte Satzung für das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises zu beschließen.**
33/14

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

17.2	Änderung der Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses in seiner Sitzung am 25.09.2014.

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
34/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, rückwirkend zum 01.08.2014 folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder zu beschließen:

Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder

1. Die Rechtsgrundlagen erhalten folgende Fassung

Gemäß § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen -KrO NRW- in der jeweils gültigen Fassung und § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der jeweils gültigen Fassung sowie § 23 des Gesetzes zur frühen Förderung und Bildung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) vom 17.06.2014 (GV NRW, S. 336) hat der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises in seiner Sitzung am 30.10.2014 nachstehende Satzung über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder beschlossen.

2. § 7 Abs. 1 lit. a erhält folgende Fassung

- a. die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für den Sachaufwand entstehen (Stand 01.08.14: 1,90 € je Stunde bzw. 2,40 € je Stunde bei angemieteten Räumen),

3. § 7 Abs. 1 lit. b erhält folgende Fassung

- b. einen angemessenen Beitrag zur Anerkennung ihrer Förderleistung (Stand 01.08.14: 3,10 € je Stunde),

4. § 7 Abs. 4 erhält folgende Fassung

- (4) Der Fördersatz für Kindertagespflege wird - ausgehend von einer Betreuung von 40 Stunden wöchentlich - auf 800,00 € festgesetzt (Stand 01.08.14). Bei einem abweichenden Betreuungsumfang verändert sich der Fördersatz. Auf die Tabelle in Anlage 1 dieser Satzung wird verwiesen. Die dort genannten Fördersätze erhöhen sich jährlich zum 1. August - erstmals am 01.08.15 - prozentual um 1,5 %.

5. § 7 Abs. 7 erhält folgende Fassung

- (7) Kurze Unterbrechungen der Betreuungszeiten beispielsweise wegen
- a. Krankheit des Tagespflegekindes
 - b. Urlaub der Tagespflegeperson von bis zu insgesamt vier Wochen im Kalenderjahr
 - c. Krankheit der Tagespflegeperson von bis zu insgesamt vier Wochen im Kalenderjahr,
 - d. Krankheit eines Kindes der Tagespflegeperson bis zu vier Tagen im Kalenderjahr
- sowie kurzzeitig auftretende Über-/ Unterschreitungen der Betreuungszeiten sind im Rahmen der pauschalen Berechnung abgegolten.

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

6. § 7 wird um folgenden Abs. 10 ergänzt

- (10) Vor Beginn der eigentlichen Betreuungszeit soll eine angemessene Eingewöhnung des Kindes im Umfang von zwei bis vier Wochen stattfinden. Während der Eingewöhnungszeit erhält die Tagespflegeperson die Geldleistungen aus Abs. 1 entsprechend der vereinbarten Betreuungszeit.

7. § 7 wird um folgenden Abs. 11 ergänzt

- (11) Findet die Betreuung in von der Tagespflegeperson gesondert entgeltlich angemieteten Räumen statt, so erhöht sich pauschal der Förderbetrag um 0,50 € je Stunde und Kind.

8. In § 8 Abs. 1 erfolgt nach dem Wort Kostenbeiträge der Zusatz in Klammern

(Im Folgenden Elternbeiträge)

Im Weiteren werden im Satzungstext jeweils die Wörter „Kostenbeitrag (Elternbeitrag)“ durch das Wort „Elternbeitrag“ ersetzt.

9. In § 10 Abs. 4 enthält der Satz 2 folgende neue Fassung

Abweichend hiervon gilt für Kinder, die vorzeitig in die Schule aufgenommen werden sollen, die Beitragsfreiheit ab dem 01.12. jeden Jahres für die Dauer von maximal 12 Monaten.

10. In § 10 Abs. 5 werden die Sätze 3 und 4 gestrichen und folgender neuer Satz 3 hinzugefügt

Für Geschwister von Kindern, deren Betreuung im letzten Kindergartenjahr wegen § 23 Abs. 3 KiBiz beitragsfrei ist, wird ebenfalls kein Elternbeitrag erhoben.

11. Nach § 10 Abs. 5 wird folgender neuer Abs. 6 eingefügt.

- (6) Soweit eine Förderung in Kindertagespflege erfolgt, sind weitere Kostenbeiträge der Eltern an die Tagespflegeperson ausgeschlossen. Dies betrifft nicht die Zahlung eines angemessenen Entgelts für Mahlzeiten.

Bisheriger Abs. 6 wird zu Abs. 7, bisheriger Abs. 7 wird zu Abs. 8.

12. In § 12 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort Tagespflegeleistung folgende Worte eingefügt

inklusive der Eingewöhnungszeit

13. § 13 erhält folgende Fassung

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege sowie den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder vom 27.06.2013 außer Kraft.

2. Sitzung des Kreisausschusses am 27.10.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

14. Die Anlage 1 erhält ab 01.08.2014 folgende Fassung

Anlage 1
Fördersätze für die Betreuung in Tagespflege (ab 01.08.2014)

Förderung der Kindertagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson / in anderen geeigneten Räumen:							
	Betreuungsumfang						
	von 10 bis 15	bis 20	bis 25	bis 30	bis 35	bis 40	mehr als 40
	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche
monatliche Förderung:	300,00 €	400,00 €	500,00 €	600,00 €	700,00 €	800,00 €	900,00 €
Förderung der Kindertagespflege im Haushalt der Eltern:							
	Betreuungsumfang						
	von 10 bis 15	bis 20	bis 25	bis 30	bis 35	bis 40	mehr als 40
	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche
monatliche Förderung:	186,00 €	248,00 €	310,00 €	372,00 €	434,00 €	496,00 €	558,00 €

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

18	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 26.09.2014	
18.1	L 269n - Ortsumgehung Niederkassel/Mondorf-Rheidt - Resolution der Stadt Niederkassel -	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr in seiner Sitzung am 26.09.2014.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss beschließt, sich der Resolution der Stadt Niederkassel vom 18.09.2014 zum Planfeststellungsverfahren für die Ortsumfahrung Niederkassel/Mondorf-Rheidt L 269 n - südlicher Teil – anzuschließen.**
35/14

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

19	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ende des öffentlichen Teils